



Niederschrift

23. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
22. September 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Punkt 2 der Tagesordnung: Sachstand Integriertes Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2040 (mündlicher Bericht)

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf.

Herr Riedel (AfStA) berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation über den aktuellen Stand des ISEK-Prozesses und die nächsten Verfahrensschritte. Das Zielbild sei in einer der letzten Gemeinderatssitzungen behandelt und beschlossen worden, weshalb nun der nächste Prozessschritt beginne. In diesem Schritt sollten Ziele, Strategien und Maßnahmen unter breiter Beteiligung entwickelt werden. Dies erfolge in Form von sogenannten Sprints. An diesen sollten Stakeholder, die Verwaltung, die Einwohnenden sowie auch der Gemeinderat beteiligt werden. Da diese Sprints vorbereitet werden müssten, gebe es zum einen eine strategische und zum anderen eine inhaltliche Vorbereitung. Inhaltlich würden SWOT-Analysen in den einzelnen Themengebieten beziehungsweise Fokusthemen erstellt sowie die bereits vorliegenden Maßnahmen und strategischen Grundlagen gesichtet. Gemeinsam mit den beauftragten Büros seien alle relevanten Dokumente ausgewertet worden. Daraus seien zum einen SWOT-Analysen und zum anderen umfangreiche Maßnahmenlisten entstanden.

Bürgermeisterin Luczak-Schwarz ergänzt, am 03.09. habe ein sehr intensives Gespräch mit Vertretern der Verbände stattgefunden, die sich auch an den Gemeinderat gewandt hätten. Beteiligt gewesen seien die IHK, die Handwerkskammer, der DGB, die Kreishandwerkerschaft, DEHOGA sowie der Einzelhandelsverband Nordbaden. In diesem Gespräch sei vereinbart worden, die Akteure intensiver in den laufenden Prozess einzubinden. Konkret solle dies dadurch geschehen, dass zu den Stakeholder-Workshops bei allen Fokusthemen Vertretungen von IHK, Handwerkskammer und DGB eingeladen würden. Diese sollten damit bei jedem Fokusthema vertreten sein, worauf die Verbände großen Wert gelegt hätten. Zudem werde das Thema Wirtschaft und

Wissenschaft neu strukturiert, sodass die Wirtschaft innerhalb dieses Fokusthemas einen eigenständigen Platz erhalte, um deren Bedeutung stärker zu verdeutlichen. Im Gespräch sei außerdem deutlich geworden, dass seitens der Wirtschaft betont worden sei, diese habe eine Querschnittsfunktion, weil ohne sie kein anderes Thema funktioniere. Wie sich dies in den Diskussionen der einzelnen Fokusthemen konkret niederschläge, werde sich im weiteren Verfahren zeigen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) fragt zu den benannten besonderen Stakeholdern nach, wie die übrigen Stakeholder grundsätzlich in den Prozess einbezogen würden. Insbesondere möchte er wissen, wie die Bürgerschaft in den sehr kurzen Zeiträumen der Sprints mitarbeiten könne, nachdem die ursprünglich angedachte Beteiligungsplattform für diese Phase des ISEK-Konzepts nicht zur Verfügung stehe.

Stadtrat Hofmann (CDU) bezieht sich auf die genannte Nachqualifizierung innerhalb der Verwaltung. Er fragt, ob es zielführend wäre, nach diesem Schritt zunächst nochmals mit dem Gemeinderat zu sprechen, da derzeit das Problem der Finanzlage allgegenwärtig sei. Aus seiner Sicht sollte gegebenenfalls bereits vor der weiteren Bürgerbeteiligung geprüft werden, was finanziell überhaupt umsetzbar sei, damit später nicht erneut mitgeteilt werden müsse, dass bestimmte Maßnahmen nicht realisierbar seien.

Stadtrat Schnell (AfD) bittet darum, die gezeigten Folien den Mandatsträgern zur Verfügung zu stellen. Den von Herrn Stadtrat Hofmann (CDU) angesprochenen Finanzaspekt greift er auf. Er führt aus, am Ende der Beteiligung von Bürgerschaft und Stakeholdern werde eine priorisierte Liste wünschenswerter Maßnahmen mit jeweiligen Kostenindikationen stehen. Er verweist auf einen Fachtag in Berlin, bei dem ein parteiloser Bürgermeister aus Brandenburg berichtet habe, dass er Bürgerbeteiligungen, etwa zur Neugestaltung eines Marktplatzes, nur dann durchführe, wenn die Finanzierung gesichert sei, weil ansonsten Frustration entstehe. Vor diesem Hintergrund fragt er, wie mit diesem Thema im vorliegenden Verfahren langfristig umgegangen werde.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW) erinnert daran, dass der Bürgerrat nicht unumstritten gewesen sei, man sich aber von dessen Sinnhaftigkeit habe überzeugen lassen. Er bittet darum, den Gemeinderat zu diesem Thema fortlaufend zu informieren. Seine Sorge sei gewesen, dass zwar repräsentativ ausgelost werde, am Ende aber möglicherweise vor allem diejenigen positiv auf die Teilnahme reagierten, die sich ohnehin bereits engagierten. Demgegenüber könnten Personen, die sich aufgrund ihrer Persönlichkeit oder körperlicher Einschränkungen sonst nicht beteiligten, unterrepräsentiert sein. In der früheren Diskussion sei zugesagt worden, besonders auf die Aufrechterhaltung der Repräsentativität im Gremium zu achten. Konkret fragt er, wie beispielsweise mit mobilitätseingeschränkten Personen verfahren werde, wenn diese über Mobilität mitberaten sollten. Falls dies aktuell noch nicht beantwortet werden könne, bittet er zumindest um fortlaufende Information darüber, wie die Repräsentativität gesichert und festgestellt werde, damit die Ergebnisse des Gremiums belastbar seien.

Stadtrat Cramer (KAL) erklärt, für seine Fraktion stelle sich die Frage, ob es möglich gemacht werden könne, dass Vertreter des Gemeinderats an den drei Sitzungen des Bürgerrats zumindest als beobachtende Personen teilnehmen könnten. Er verweist auf die frühere Konsensuskonferenz zur Stuttgarter Straße, bei der Mitglieder des Gemeinderats vor Ort gewesen seien und in einem beobachtenden Status teilgenommen hätten. Dies halte er für hilfreich, damit die erarbeiteten Empfehlungen und Lösungen besser nachvollzogen werden könnten.

Herr Riedel (AfStA) geht auf die gestellten Fragen ein. Er erklärt, es solle in jedem Sprint eine geeignete Form der Bürgerbeteiligung sichergestellt werden. Dies könne etwa eine Vor-Ort-Beteiligung oder eine Online-Beteiligung sein. Welche Form gewählt werde, solle jeweils themenspezifisch entschieden werden. Er erinnert daran, dass bereits Anfang des letzten Jahres eine sehr große Bürgerbeteiligung stattgefunden habe, die vieles vorbereitet habe. Diese habe sowohl einen großen Workshop als auch eine Online-Beteiligung umfasst. Die genaue Ausgestaltung der Beteiligung je Fokusthema solle nun individuell erfolgen. Falls sich eine Online-Beteiligung als geeignet erweise, müsse geprüft werden, ob auf das bestehende, allerdings defizitäre Portal zurückgegriffen werde oder ob das Portal eines der beauftragten Büros genutzt werden könne. Dies sei unter den jeweiligen Rahmenbedingungen zu klären.

Bei der Nachqualifizierung gehe es insbesondere um die Qualifizierung hinsichtlich der Umsetzbarkeit. Die finanzielle Seite sei dabei ein Aspekt, es gehe jedoch zunächst vor allem darum, ob eine Maßnahme grundsätzlich sinnvoll, rechtlich möglich und leistbar sei oder ob es etwa in anderen Städten bereits vergleichbare, gescheiterte Ansätze gegeben habe. Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage müsse hierbei auch in größerem Umfang aussortiert werden. Dies solle jedoch transparent geschehen, indem angegeben werde, aus welchen Gründen Maßnahmen ausgeschlossen worden seien. Mit den dann als unplausibel bewerteten Maßnahmen müsse sich im weiteren Beteiligungsprozess niemand mehr vertieft befassen.

Die Verwaltung habe gemeinsam mit dem Büro eine schiedsrichterliche Funktion. Es könne nicht ausreichen, wenn ein Amt eine Maßnahme lediglich mit dem Hinweis auf fehlende Ressourcen ablehne, sofern diese bereits in einem bisherigen Beteiligungsprozess enthalten gewesen sei. Es sei ein schmaler Grat zwischen fehlenden Ressourcen und grundsätzlicher Unmöglichkeit. Insgesamt sei ein Dilemma des Prozesses, dass derzeit kein festes Budget oder Preisschild für die Umsetzung der Maßnahmen benannt werden könne. Gleichwohl sei Ziel der Priorisierung, dass hochpriorisierte Ziele, die von allen Stakeholdern und Akteuren entsprechend bewertet würden, auch als solche aus dem Prozess hervorgingen. Falls eine Maßnahme später an den finanziellen Möglichkeiten scheitere, bestehe nach seiner Einschätzung in der Bevölkerung inzwischen durchaus ein Verständnis dafür, dass nicht alles umgesetzt werden könne. Umgekehrt wäre es aus seiner Sicht ebenfalls problematisch, schon im Vorfeld nahezu alle kostenrelevanten Maßnahmen auszuschließen. Zugleich sei klar, dass nicht in jedem Fokusthema eine Maßnahme mit hohen Millionenbeträgen entstehen könne, die letztlich nicht umsetzbar sei. Er gehe jedoch davon aus, dass viele Maßnahmen dabei sein würden, die keine sehr hohen Kosten verursachten. Dann werde es auf die Gesamtpriorisierung und die spätere Ausrichtung durch Verwaltung und Gemeinderat ankommen.

Die Repräsentativität des Bürgerrats werde durch ein zweistufiges Verfahren gewährleistet. Zunächst seien Bürgerinnen und Bürger angeschrieben worden. Aus den Rückmeldungen habe sich gezeigt, dass aus manchen Bevölkerungsgruppen mehr Resonanz gekommen sei; gleichwohl seien davon viele nicht in das Gremium aufgenommen worden. Zusätzlich sei abgefragt worden, ob Unterstützungsbedarfe wie etwa Kinderbetreuung bestünden. Es sei bewusst klargestellt worden, dass derartige Einschränkungen kein Teilnahmehindernis darstellen sollten. Die vorgesehenen Räume seien barrierefrei. Zudem sei deutlich gemacht worden, dass unterschiedliche Sichtweisen ausdrücklich gewünscht seien. Er betont, das Thema sei bei der Zusammenstellung des Gremiums stark mitgedacht worden, weshalb er optimistisch sei, dass eine gute Durchmischung erreicht worden sei.

Er berichtet, das begleitende Büro vertrete die Auffassung, jede Person ohne konkrete Aufgabe sei in einem solchen Gremium zunächst ein Störfaktor, weil sich die Teilnehmenden nicht beobachtet fühlen sollten und ihre Arbeit in Ruhe erledigen könnten. Es solle niemand Angst haben, seine Meinung zu äußern. Wenn der Wunsch nach einer beobachtenden Teilnahme bestehe, könne dies aus seiner Sicht aber möglicherweise ermöglicht werden, sofern es entsprechend angekündigt werde. Er nehme diesen Wunsch mit und werde einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten.

Die Vorsitzende ergänzt, es sei grundsätzlich gut, wenn Politik zuhöre. Die Verwaltung werde daher versuchen, hierfür einen geeigneten Weg zu finden, da sie dies im Grundsatz für sinnvoll halte.

Stadträtin Geißinger (Volt) fragt mit Blick auf die Beteiligungsleitlinien, ob hinsichtlich der verwendeten Sprache bereits Maßnahmen oder Überlegungen mit dem Planungsbüro bestünden. In einer früheren Sitzung sei ihr aufgefallen, dass häufig eine Sprache verwendet werde, die nicht für alle verständlich sei. Gerade wenn Repräsentation gewünscht sei, müsse sichergestellt werden, dass alle Beteiligten folgen könnten und sich frei fühlten, sich zu äußern.

Herr Riedel (AfStA) antwortet, nach seiner Einschätzung sei das beauftragte Büro aufgrund seiner großen Erfahrung mit Bürgerräten für dieses Thema sehr sensibilisiert. Das Büro habe dies stark im Blick. Er sagt zu, den Hinweis nochmals ausdrücklich einzuspeisen, damit insbesondere bei den Präsentationen, vor allem in der Bestandsaufnahme mit ihrem Informationsblock, auf eine verständliche Vermittlung geachtet werde und auch Laien gut folgen könnten. Dies sei ein grundlegendes Anliegen aller Beteiligten.

Die Vorsitzende stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
24. September 2026